

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Michael Brückner

Abg. Kathi Petersen

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Christine Kamm

Staatsministerin Dr. Beate Merk

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Antrag der Abgeordneten

Michael Brückner, Kerstin Schreyer-Stäblein, Alex Dorow u. a. (CSU),

Markus Rinderspacher, Kathi Petersen, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD),

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entwicklungspolitische Leitsätze des Landtags (Drs. 17/8679)

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt 24 Minuten. Der erste Redner ist Herr Kollege Brückner.

Michael Brückner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Heute ist es endlich soweit: Wir können die entwicklungspolitischen Leitsätze des Bayerischen Landtags verabschieden. Die entwicklungspolitischen Leitsätze haben eine lange Geschichte. In der letzten Legislaturperiode gab es bereits eine Übereinkunft zwischen den Fraktionen, entwicklungspolitische Leitsätze als Leitsätze des Landtags zu verabschieden. Die CSU war damals durch eine Koalition leider ein Stück weit gebunden; deshalb wurden daraus entwicklungspolitische Leitsätze der Staatsregierung. Wir haben beschlossen, die Verabschiedung entwicklungspolitischer Leitsätze überfraktionell nachzuholen. Im Landtag wird es heute eine breite Mehrheit für diese entwicklungspolitischen Leitsätze geben.

Meine Damen und Herren, diese Leitsätze sind zwar in einem interfraktionellen Antrag niedergelegt worden, wir werden aber heute an den Stellungnahmen sehen, dass es bei der Auslegung immer wieder unterschiedliche Meinungen geben wird. Für die CSU-Fraktion ist es ganz wichtig, dass die entwicklungspolitischen Leitsätze als Entscheidungshilfe in einer durch die Globalisierung und durch Wechselwirkungen immer unübersichtlicher werdenden Gemengelage angesehen werden. Diese Leitsätze sind

kein Instrument zur Einengung demokratischer Entscheidungsprozesse. Wir werden diese Leitsätze sehr wohl zu Rate ziehen. Dadurch können aber nicht irgendwelche Entscheidungen vorweggenommen werden.

Für uns alle ist die Feststellung wichtig, dass die Entwicklungspolitik ein Politikfeld ist, das in den letzten Jahren in seiner Wichtigkeit stark unterschätzt wurde. Teilweise war es schwierig, der Bevölkerung beizubringen, warum nicht mehr Geld für die Entwicklungspolitik ausgegeben wurde. Die großen Flüchtlingsströme haben uns die Folgen dieser verfehlten Entwicklungspolitik ganz klar vor Augen geführt. Heute werden wir oft gefragt, warum wir damals nicht anders gehandelt hätten. Entwicklungspolitik bedeutet nicht nur, in Ländern der Dritten Welt Brunnen zu graben oder Schulen zu bauen. Entwicklungspolitik ist heute viel mehr. Der Wiederaufbau von Ländern nach Naturkatastrophen, Krisen oder Kriegssituationen ist sehr stark im Fokus. Ein weiterer Fokus liegt darauf, Katastrophen bereits im Vorfeld zu verhindern und den Ländern zu helfen, sich besser gegen solche Katastrophen zur Wehr zu setzen.

Wichtig ist aber auch die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder. Gute Wirtschaftsbeziehungen und die Berücksichtigung der Leitsätze gereichen beiden Parteien zum Vorteil. Dabei ist aber die Einbindung der NGOs vor Ort von Bedeutung. Die Einbindung der NGOs ist nicht gerade unser Leib- und Magen-Thema. Wir müssen aber sehen, dass das Kapital in diesen Ländern auf keinen Widerstand trifft. Wenn jemand genügend Kapital bringt, stehen ihm Türen und Tore offen. Deshalb ist es sehr wichtig, eigene NGOs vor Ort zu haben, die klar die Grenzen dieses Kapitals aufzeigen. Die NGOs haben die Aufgabe, nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen. Die Investitionen dürfen nicht irgendwo verpuffen.

Bayern allein kann nicht die Welt retten. Die Entwicklungspolitik ist zunächst einmal keine staatliche Aufgabe, sondern eine Aufgabe des Bundes. Wir können aber trotzdem in Form einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit tätig werden und tun dies auch. Diese Partnerschaften mit einzelnen Regionen müssen wir ständig überprüfen. Ich hoffe, dass diese Partnerschaften über kurz oder lang ausgebaut werden können.

Wir müssen aber dazu kommen, Entwicklungspolitik ideologiefrei zu betrachten. Bio oder Fair Trade können die Welt im Alleingang nicht retten. Sie sind lediglich wichtige Bestandteile. Sie sind aber nicht alles. Auch eine sozialistisch oder kommunistisch angehauchte Gleichmacherei würde ins Nichts führen. Wenn alle gleich arm sind, ist das zwar auch eine Form der Gerechtigkeit, aber mehr auch nicht.

Eine Gleichstellung der Standards, nach denen wir leben, können wir diesen Ländern nicht aufdrücken. Davor sollten wir uns auch hüten. Meine Damen und Herren, die Entwicklungspolitik ist auch für die Bekämpfung der Fluchtursachen wichtig. Wir müssen deshalb eine gute Regierungsführung unterstützen. Ich meine damit die Förderung und Unterstützung demokratischer Entscheidungsprozesse sowie die Unterstützung oppositionellen politischen Handelns. Wichtige Aspekte sind dabei eine Politik- und Institutionenberatung sowie der partnerschaftliche Austausch zwischen den Regierungen. Zur Bekämpfung der Fluchtursachen ist aber auch die Stabilisierung der Regionen durch Wirtschaftsbeziehungen wichtig, wie wir sie mit unseren Partnerregionen pflegen.

Bei der Entwicklungspolitik muss die Bevölkerung vor Ort mitgenommen werden. Ich kann hier aus eigener Erfahrung berichten: Ich war auf einer Delegationsreise nach Western Cape Südafrika dabei und musste feststellen, dass die NGOs, die bei uns häufig das Wort erheben und sagen, dass Zäune abgebaut und keine Mauern errichtet werden dürften, sich bei Entwicklungsprojekten hinter Zäunen und Mauern verstecken. Das hat mir sehr zu denken gegeben. Wir müssen aufpassen, dass wir bei den Maßnahmen das Volk mitnehmen und dass wir unsere Entwicklungsmaßnahmen mit dem Volk zusammen durchführen.

Meine Damen und Herren, der Lösungsansatz ist die Bereitschaft, die entwicklungspolitischen Leitsätze bei künftigen Entscheidungen zu berücksichtigen, diese aber nicht als Bibel zu betrachten, sondern als Hilfestellung zur Entscheidungsfindung. Entscheidend ist aber auch die Bereitschaft, unseren Lebensstil ein Stück weit zu hinterfragen. Nachhaltigkeit ist inzwischen ein breit anerkanntes gesellschaftliches Ziel und ent-

spricht den Grundwerten der CSU zur Wahrung der Schöpfung. Die Bereitschaft, auf interkultureller und interreligiöser Ebene partnerschaftlich auf Augenhöhe zu sprechen und zu handeln, ist ein Aspekt, den wir hier nicht immer in geeignetem Maße beachten. Nur weil wir ein vermeintlich besseres Leben führen, sind wir noch lange nicht in die besseren Menschen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Petersen.

Kathi Petersen (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Es ströme aber das Recht wie Wasser ...". Unter diesem Motto steht die diesjährige Fastenaktion des kirchlichen Hilfswerks Misereor. Das Motto ist keine Erfindung eines PR-Experten, sondern ein Wort aus der Bibel, genauer gesagt des Propheten Amos, der im achten Jahrhundert vor Christus gelebt hat. Damals gab es in Israel eine große Diskrepanz zwischen einer reichen Oberschicht und zahlreichen Armen. In dieser Situation erfolgt die klare Ansage: "Es ströme aber das Recht wie Wasser ...".

Und wie ist es heute? Die Oxfam-Studie hat kürzlich festgestellt, dass die 62 reichsten Menschen auf dieser Welt genauso viel besitzen wie die Hälfte der Weltbevölkerung. Mehr als 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung und Perspektivlosigkeit. Die meisten von ihnen fanden und finden Zuflucht in den oft armen Nachbarländern. Nur ein geringer Prozentsatz wagt den beschwerlichen und lebensgefährlichen Weg nach Europa.

Wie reagiert das reiche Europa? – Lange Zeit haben wir weggeschaut. Die Not war weit entfernt. Jetzt regiert Abwehr statt solidarischer Hilfe. Es wird über Quoten gestritten. Zäune und Mauern werden gebaut. Nationalismus und Rassismus machen sich breit. Diese Reaktion ist nicht nur inhuman und unchristlich, sondern auch unvernünftig. Das Problem sind nämlich nicht die Menschen, die fliehen, sondern die Verhältnis-

se, vor denen sie flüchten. Dafür gibt es keine schnellen Lösungen. Nur die Bekämpfung der Fluchtursachen hilft.

Einen wichtigen Beitrag dazu leistet die Eine-Welt-Politik, die nun verstärkt in den Blick gerät und die auch der Freistaat Bayern als seine politische Aufgabe versteht. Ich bedanke mich ausdrücklich bei der Kollegin und den Kollegen aus den anderen Fraktionen sowie beim Eine-Welt-Netzwerk Bayern, dass wir heute gemeinsam entwicklungspolitische Leitlinien beschließen können.

Zur Genese hat der Kollege Brückner schon einiges gesagt. Wir sind uns darin einig, dass wir zur Bekämpfung von Hunger, Armut und Krankheit beitragen und eine nachhaltige Entwicklung fördern wollen. Zusätzlich zu den bisherigen haben wir uns auf die Prinzipien Nachhaltigkeit, Transparenz, Partnerschaft auf Augenhöhe und Kohärenz verständigt. Die Handlungsfelder, die in den Leitlinien genannt werden, sind zwar nicht neu, aber die in den Blick gefassten Maßnahmen sind nun weniger auf die wirtschaftlichen Interessen Bayerns als auf die Bedürfnisse der Menschen in den Partnerländern ausgerichtet. Auf dieser gemeinsamen Basis sollte es möglich sein, die Arbeit der zahlreichen Eine-Welt-Gruppen in Bayern ausreichend finanziell zu unterstützen, die politische und globale Bildung zu stärken und eine Vorbildfunktion staatlicher Institutionen beim nachhaltigen Einkauf fair gehandelter Produkte einzunehmen.

Zur Bekämpfung von Fluchtursachen ist es auch sinnvoll, die Flüchtlingslager in und um Syrien jetzt finanziell zu unterstützen, um den Menschen dort ein besseres Leben und eine Perspektive zum Beispiel durch Schulbildung für die Kinder zu ermöglichen. Das erspart ihnen gefährliche Fluchtwege und schützt mittelfristig die leider immer weniger werdenden europäischen Länder, die zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit sind, vor Überforderung. Auch unter finanziellen Gesichtspunkten macht die Hilfe vor Ort Sinn, weil wir zum Beispiel – so Entwicklungshilfeminister Müller vor einigen Tagen – für den gleichen Betrag mindestens zehnmal so viele Menschen dort versorgen können, wie es hier möglich ist.

Entscheidend wird sein, dass wir die Eine-Welt-Politik als langfristige und als Querschnittsaufgabe begreifen und sie nicht durch Maßnahmen anderer Politikfelder konterkarieren. Welchen Sinn macht es, in Dürregebieten Brunnen zu bohren, wenn Nestlé und andere Firmen dort den Menschen gleichzeitig das Wasser abgraben? – Die Bayerische Verfassung bietet mit Artikel 151 eine Handhabe, Unternehmen auf ein am Gemeinwohl orientiertes globales Wirtschaften zu verpflichten. Also nicht wegschauen und nicht Almosen verteilen, sondern: "Es ströme aber das Recht wie Wasser ...". Sorgen wir gemeinsam dafür, dass das bei uns und weltweit Realität wird!

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt kommt der Kollege Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute ist wirklich ein schöner Tag hier im Landtag, weil wir parteiübergreifend diesen Antrag verabschieden. Das muss man einfach einmal feststellen. Herr Brückner hat es anfangs schon erwähnt. Ich war schon in der letzten Legislaturperiode bei der Diskussion über dieses Thema dabei. Damals hat die Staatsregierung zwar die Leitsätze im Europaausschuss vorgestellt und auch den Verbänden zur Kenntnis gegeben. Dann hat sie aber doch das gemacht, was sie gewollt hat. Das war kein ordentliches parlamentarisches Verfahren.

Damals haben wir dieses Verfahren parteiübergreifend gerügt. Herrmann Imhof hat es schon im Jahr 2012 richtig formuliert – das stand auch groß in der "Süddeutschen Zeitung" – und gesagt: Das sind Positionen aus dem vorherigen Jahrhundert, diese Leitsätze haben keine lange Lebensdauer. Sie haben Recht. 2014 haben wir dieses Verfahren geändert. Natürlich war die Entwicklungspolitik damals schwierig, weil sie die FDP im Wirtschaftsministerium verankert haben wollte. Jetzt sind wir froh, dass sie der Staatskanzlei zugewiesen ist. Soviel zu Beginn. Die Leitlinien werden also nicht mehr in den Hinterzimmern der Ministerialbürokratie festgezurret, sondern hier im Parlament,

im Bayerischen Landtag, und das ist für uns FREIE WÄHLER wichtig, weil wir jetzt hier vor Ort die Leitlinien ganz konkret verändern können.

Entwicklungszusammenarbeit – das muss ich hier sagen – muss aus Sicht der FREIEN WÄHLER unter anderem der Bekämpfung der Fluchtursachen dienen. Es geht aber nicht nur um Fluchtursachen, es geht auch um den Klimawandel. Wir wissen heute schon, dass deswegen in Zukunft über 200 Millionen Menschen auch noch zu uns kommen werden. Da müssen wir konkret dagegensteuern. Dazu ist auch der Bayerische Landtag insgesamt sehr wichtig. Auch wenn die Entwicklungspolitik Bundessache ist, können auch wir im Landtag einiges bewegen. Immerhin sind im Bayerischen Haushalt 2,3 Millionen vorgesehen. Wir können uns deshalb überlegen, diese Summe zu erhöhen.

Herr Brückner hat schon einiges gesagt, was ich auch unterstützen kann. Natürlich kann Fair Trade nicht die Welt verändern, aber es ist ein wichtiger Baustein für eine Politik von unten nach oben. Inzwischen gibt es in Bayern schon einige Landkreise, die sich Fair-Trade-Landkreise nennen. Ich nenne drei davon: Würzburg, Main-Spessart und Miltenberg. Wenn das alle Landkreise schaffen würden, dann kämen wir auch in der Bewusstseinsbildung in Bayern einen Schritt weiter. Ich glaube, das ist ganz wichtig.

Herr Brückner, Sie haben gesagt, das ist keine Bibel. Okay, das ist keine Bibel, für uns ist es aber eine wichtige Richtlinie für die Zukunft. Wir FREIEN WÄHLER schauen schon genau hin, was in unseren gemeinsamen Leitlinien steht. Wir werden dann sehen, inwieweit wir das auch umsetzen. Das ist ganz wichtig. Wir wollen das Ganze auch fortentwickeln, das müssen wir vielleicht sogar jedes Jahr tun. Wir haben auch gemerkt, dass nicht immer alles richtig ist, was drinsteht. Das betrifft beispielsweise die Ausbildung von Polizeihunden – das wurde gesteuert – oder die Bekämpfung von Fluchtursachen im Sudan oder in Somalia. In Brasilien hat die Staatsregierung beispielsweise ein Projekt unterstützt. Das ist ein Land, das immerhin imstande war, die letzte Fußballweltmeisterschaft auszurichten. So ein Land braucht nicht unbedingt fi-

nanzielle Mittel zu bekommen. Das können wir aber noch ändern. Wir wollen, dass die Mittel in Zukunft richtig verwendet werden und dass wir das in den Ausschüssen noch behandeln. Immerhin, im Nachtragshaushalt werden dafür schon zusätzliche Mittel bereitgestellt.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich auch bei den Vertretern der verschiedenen politischen Parteien bedanken, die in dem Arbeitskreis waren. Wir treffen uns relativ regelmäßig. Bei dieser Gelegenheit richte ich einen besonderen Dank an Herrn Dr. Fonari vom Eine-Welt-Netzwerk Bayern. Dieses Netzwerk verbindet die ganzen Eine-Welt-Gruppen, die es in Bayern gibt. Das ist ganz wichtig. Es ist auch wichtig, dass dieses Eine-Welt-Netzwerk erhalten bleibt, damit es weiterhin mit uns Aktivitäten macht, wie den Bayerischen Eine-Welt-Preis. Damit regt man auch die Gruppen vor Ort an, sich zu beteiligen.

Noch ein letztes Wort an unsere Ministerin. Vielleicht machen Sie auch einmal eine Regierungserklärung. Darauf hoffe ich eigentlich schon seit sieben Jahren. Eine Regierungserklärung zu diesem Thema wäre super; denn dann kämen wir einen Schritt weiter. Nochmals herzlichen Dank an alle Beteiligten. Ich glaube, in Zukunft, werden wir noch einen Schritt vorwärts kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon gehört, es steht nicht gut um das Schicksal vieler Menschen auf dieser Welt. Die existenzielle Not vieler Menschen wächst. Vieles davon hat auch seine Ursache in den politischen Entscheidungen in Europa, in Deutschland und auch hierzulande. Waffenexporte, verfehlte Energiepolitik, verfehlte Landwirtschaftspolitik, all das sind Ursachen der Probleme.

Der Bayerische Landtag hat in der Entwicklungspolitik, in der Frage der Verbesserung dieser Situation, zwar oft keine originäre Zuständigkeit, er kann dennoch einen Beitrag zur Lösung leisten. In der letzten Legislaturperiode haben sich daher die entwicklungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher darum bemüht, gemeinsame Leitsätze für entwicklungspolitische Aktivitäten zu formulieren, um so die damals festgestellte Unkoordiniertheit und Beliebigkeit unterschiedlichster Aktivitäten in anderen Ländern durch die unterschiedlichen Ministerien zu überwinden und zu helfen, diesen Aktivitäten in Zukunft eine klare Richtung zu geben. Das ist umso dringlicher, als unsere Handlungsmöglichkeiten in der Entwicklungspolitik sehr begrenzt sind. Deshalb ist es umso notwendiger, sich zu konzentrieren und gute Standards zu setzen, und diese auch einzuhalten.

Bei der Formulierung dieser Leitsätze danken wir auch dem Eine-Welt-Netzwerk Bayern und namentlich dessen Geschäftsführer Dr. Alexander Fonari für die kritische und konstruktive Zusammenarbeit. Wir freuen uns, dass das, was vor Jahren begonnen wurde, nun zu einem Abschluss kommt und der Bayerische Landtag damit entwicklungspolitische Leitsätze formuliert, um Qualitätsstandards zu setzen.

Tag für Tag zeigt sich die Notwendigkeit immer dringender. Wir sagen, zur Entwicklungspolitik gehören nicht nur Maßnahmen und Hilfen in den Zielländern, sondern eben auch Änderungen des Lebensstils hier. Dazu gehört die Änderung unseres Umgangs mit der Energie und den Ressourcen bei uns.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur wenn wir den Klimawandel stoppen, nur wenn wir der Nutzung der fossilen Energie ein Ende setzen, können wir verhindern, dass die Flüchtlingszahlen auf dieser Welt auf mehrere Hundert Millionen ansteigen. Wir sehen in den Grundsätzen des Fair Trade einen wichtigen Beitrag zu einer gerechteren Weltwirtschaft. Das steht im Gegensatz zu den Abkommen TTIP, CETA, und wie sie alle heißen. Entwicklungspolitische Informationsarbeit – ich erinnere an die Arbeit in den Schulen, aber auch an das

Promotorenprogramm und die Arbeit in den unterschiedlichen NGOs – muss auf einen nachhaltigen Lebensstil abzielen und auf gute Partnerschaftsarbeit. Sie muss sich an Good Governance, Rechtsstaatlichkeit, nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung und einer Stärkung der ländlichen Räume orientieren. Das muss einhergehen mit der Stärkung der Ernährungssouveränität vor Ort. Das ist besonders wichtig, gerade im Hinblick auf Afrika, wo immer mehr Menschen ihre Ernährungsgrundlagen entzogen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für alle entwicklungspolitischen Aktivitäten müssen wichtige Grundsätze gelten, nämlich die Stärkung der Eigeninitiative, Transparenz, Partnerschaft auf Augenhöhe, Subsidiarität und Kohärenz mit anderen Politikfeldern des Freistaats. Wir haben nun Standards für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit, die nicht nur für die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Staatskanzlei und der Ministerien gelten sollen, sondern sie sollen auch Leitlinien für unsere eigenen Beschlüsse aufzeigen und für die Förderung engagierter Projekte der zahlreichen Eine-Welt-Initiativen. Klar definierte Grundsätze und Leitlinien sollen künftig mehr Orientierung und Richtung geben. Entwicklungspolitik ist eine wichtige Querschnittsaufgabe. Wir hoffen in Zukunft auf die stärkere Fokussierung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit in unserer politischen Arbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Staatsministerin Merk hat nun um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass dieser durchaus streitbare Tag nun doch relativ friedlich und im gegenseitigen Einvernehmen abgeschlossen wird. Ich unterstütze, was meine Vorrednerinnen und Vorredner gesagt haben. Ich freue mich, dass die Arbeit an den Leitlinien, was Inhalt und Anspruch anbelangt, umfassend dargestellt wurde. Ich denke, es ist ein sehr wichtiger Beschluss, den wir heute fassen.

Die eine Welt beginnt vor deiner Tür – das ist die Botschaft der Zukunftscharta, und das ist auch unser Motto. Ich möchte aber noch weiter gehen: Eine Welt beginnt in unseren Wohnzimmern, in unseren Köpfen und in unseren Herzen. – Alle wollen eine gute Zukunft für ihre Kinder haben. Wenn wir aber Verantwortung für die Generationen nach uns ansprechen, dann bedeutet das nicht nur die Generationen, die vor uns stehen. Es ist auch die Entwicklungsarbeit, es geht also auch um die Generationen in anderen, in fernen Ländern. Mit den Entwicklungspolitischen Leitsätzen beweisen wir, gemeinsam und über Fraktionsgrenzen hinweg, Verantwortung für unsere eine Welt. Wir zeigen, auch wenn der Bund Hauptakteur in der Entwicklungspolitik ist: Bayern stellt sich seiner Verantwortung.

Von meinen Reisen kann ich Ihnen nur sagen, dass unsere Hilfe gefragt ist. Ich stelle es immer wieder fest, ob ich mit Staatspräsidenten, mit Vertretern der NGOs, mit Vertretern der Hochschulen, der Kommunen oder auch mit Studenten spreche, sie alle betonen den besonderen Wert der regionalen Partnerschaft, weil das sehr viel persönlichere Partnerschaften sind und weil intensiv miteinander gearbeitet wird. Wir stehen gerne mit Erfahrung, Vorschlägen und Hilfen zur Seite, zum einen, weil es selbstverständlich ein Gebot der Solidarität und Nächstenliebe ist, zum anderen aber auch, weil es in unserem ureigenen Interesse ist, die Lebensbedingungen der Menschen in anderen Teilen der Welt zu verbessern, so gut wir das können.

Deswegen habe ich mich auch sehr gefreut, dass der Landtag für den Nachtragshaushalt 2016 zusätzlich 2,3 Millionen Euro zur Fluchtursachenbekämpfung bereitgestellt hat. Schaut man, wo es überall brennt und wo wir helfen können, dann sieht man, dass das ein kleiner Tropfen auf den heißen Stein ist. Trotzdem können wir mit diesem Geld helfen, und manchmal bedarf es gerade vor Ort nicht viel, um Menschen das Leben ein wenig zu erleichtern und ihnen Perspektiven zu geben.

Wir haben lange überlegt und diskutiert, in welchen Ländern und für welche Projekte das Geld am besten angelegt ist; denn wenn man es wie mit einer Gießkanne über alle Brennpunkte hinweg verteilen würde, wäre das "kleckerlesweise" und hätte kaum

einen Effekt; wir würden das gar nicht spüren und die Menschen vor Ort auch nicht. Aus meiner Sicht ist es deswegen vernünftiger, thematische und geografische Schwerpunkte zu setzen. Damit können wir den Mitteleinsatz und die hoffentlich eintretenden Erfolge besser kontrollieren. Außerdem weiß ich, dass ich irgendwann einmal in diesem Haus gefragt werde, was ich denn mit dem Geld getan habe.

Wir wollen die Lebensverhältnisse in den Herkunftsländern und den Anrainerstaaten verbessern. Dabei setzen wir vorrangig auf Bildung und Gesundheit, weil das sehr nachhaltig ist. Deswegen werden wir zum einen in den Ländern helfen, die am meisten von der Flüchtlingswelle betroffen sind, den Anrainerstaaten Syriens wie Libanon und Jordanien. Im Libanon leben gerade einmal so viele Menschen wie in Berlin, dort wurden bisher 1,2 Millionen Menschen aus dem Nachbarland aufgenommen. In diesen Ländern werden wir vor allem die Bildung fördern. Die Menschen dort haben mir immer gesagt: In Syrien können unsere Kinder nicht in die Schule gehen; dann kommt man in den Libanon, und dann gibt es wieder keine Schulen. – Es ist wichtig, dass die jungen Leute dort eine Perspektive für ein selbstbestimmtes Leben haben.

Ein anderer Schwerpunkt liegt in Tunesien, mit dem es schon jetzt eine enge Partnerschaft gibt. Tunesien ist leider das einzige Land, das es geschafft hat, die Dynamik des Arabischen Frühlings hin zu einer Demokratie umzusetzen. Es ist aber gerade diese Demokratie, die Attentäter herausfordert, wie diejenigen, die im letzten Jahr auf das Bardo-Museum oder den Strand von Sousse gezielt haben. Der Hoffnungsträger des Arabischen Frühlings darf nicht scheitern. Ein weiterer instabiler Staat in Nordafrika wäre eine Katastrophe für die ganze Region und ein Sicherheitsrisiko für Europa.

So werden wir beispielsweise mit einem dezentralen bayerischen Bürgerbüro in der Stadt Beja die kommunale Entwicklung fördern. Ich möchte in diesem Land noch weitere größere Projekte angehen, und zwar deswegen, weil seit Kurzem mit unserem ehemaligen Kollegen Franz Maget ein enger Freund und Partner in der Deutschen Botschaft in Tunis sitzt, der die bayerisch-tunesische Zusammenarbeit weiter voranbringen kann

(Beifall bei der SPD)

und der vor allen Dingen ein Auge darauf werfen wird, dass das von uns investierte Geld auch dort ankommt, wo es gebraucht wird. Auf dem kurzen Weg fragen zu können "Hat das Sinn?" und "Wo tun wir etwas?", finde ich hervorragend.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Da bin ich gespannt!)

– Das dürfen Sie sein. Wir sind schon in gutem Kontakt.

Darüber hinaus werde ich ausleuchten, ob wir mit einem Staat oder mehreren weiteren afrikanischen Staaten Entwicklungspartnerschaften eingehen. Wichtig ist, dass die Verantwortlichen vor Ort bereit sind, verlässlich mit uns zusammenzuarbeiten, ob nun Bereitschaft besteht, muss man erst einmal herausbekommen. In diesem Sinn werden wir erste Gehversuche in Subsahara-Afrika in drei Staaten machen, die derzeit am stabilsten erscheinen: Togo, Kenia, vielleicht Ghana – Togo, weil wir hier eine bayेरische Initiative mit Erfahrung haben, die Togohilfe Maisach.

Kenia hat mir zum Beispiel Ruth Paulig mit ihrem Wissen über die dortige Situation empfohlen. Dort wollen wir gemeinsam kleine, weniger kostenintensive Projekte auf den Weg bringen, vor allem zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung auf dem Land bzw. der dualen Ausbildung von Elektrikern und Solartechnikern. – Von der ghanaischen Regierung ist mir ein Frauenprojekt in Ghana ans Herz gelegt worden.

Das also ist für uns wichtig. Bei der Auswahl der Projektträger greifen wir auf die Expertise gemeinnütziger Ausführungsorganisationen, kirchlicher und weltlicher Akteure der Eine-Welt-Arbeit in Bayern zurück. Wir wägen den Einsatz der Mittel ab.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen allen. Besonders danke ich dem Vorsitzenden des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen Dr. Franz Rieger. Ich danke meinem Kollegen Michael Brückner, der sich intensiv um die Leitlinien mitbemüht hat, sowie allen Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die konstruktiv zusammengearbeitet haben und

diskutieren. Dadurch ist die Fortentwicklung der entwicklungspolitischen Leitsätze der Staatsregierung von 2013 durch die Parlamentarier des Bayerischen Landtags parteiübergreifend möglich geworden.

Mein Dank gilt auch dem Eine-Welt-Netzwerk Bayern. Die Unterstützung war für uns sehr wichtig.

Ich möchte Ihnen abschließend sagen: Nachhaltig helfen, das können wir nur miteinander. Wir alle setzen ein Zeichen für Humanität, Solidarität und Gerechtigkeit. Ich freue mich sehr, wenn Sie heute diese Leitsätze absegnen und sie dann die Basis unseres weiteren Handelns sind.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung der Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Den letzten Satz unterstützen wir natürlich sehr. Sie haben vorher einige Ausführungen gemacht zu zukünftigen Partnerschaftsregionen in Nordafrika. Wir haben eine Zeitlang versucht, mit Tunesien eine solche Partnerschaftsarbeit aufzubauen. Die Leitsätze implizieren, dass wir sagen: Wir wollen uns konzentrieren und die Sache richtig und gut machen. Das schließt natürlich nicht aus, dass man unterschiedlichste Projekte in verschiedenen Ländern fördert. Eine entwicklungspolitische Partnerschaft und Zusammenarbeit können wir als Bayern, als Land, das originär keine entwicklungspolitische Zuständigkeit hat, sondern das praktisch nur über Partnerschaftsregionen handelt, nicht mit allzu vielen Ländern tatsächlich umsetzen. Darum würde ich Sie bitten, die Ideen zur Weiterentwicklung der Partnerschaftsregionen in Nordafrika zu erläutern, in welchen Ländern vorrangig Projekte gefördert werden sollen, in welchen Ländern tatsächlich eine Entwicklungspartnerschaft angestrebt wird.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): In Afrika, meinen Sie, Frau Kamm?

Christine Kamm (GRÜNE): Sie haben einige afrikanische Staaten genannt.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Tunesien ist für mich der wesentliche Punkt, weil wir da schon eine sehr gute Basis haben und weil wir wissen, dass wir mit der tunesischen Regierung, genauso wie mit allen Stiftungen der unterschiedlichen Parteien, den NGOs sehr gut zusammenarbeiten. Immer, wenn ich dort bin, habe ich mit denen Kontakt, und das zeigt auch, dass es sehr stabil ist. Das ist für uns wichtig.

Wie ich gesagt habe, bietet die Tatsache, dass Franz Maget in der Botschaft quasi jetzt unser Ansprechpartner vor Ort ist und weiß und sieht und fühlt und hört, wo etwas anzupacken ist, eine sehr gute Möglichkeit, dort noch mehr zu investieren. Deswegen habe ich auch einen Teil dieser 2,3 Millionen Euro noch nicht verplant, um noch Möglichkeiten zu haben.

Verplant sind aber schon Gelder für Togo und für Kenia, allerdings in einem deutlich geringeren Ausmaß; ich kann Ihnen die Zahlen dann noch sagen. Sie werden sehen, das ist deutlich geringer. Für Ghana haben wir noch gar nichts verplant, sondern da schauen wir gerade, was dieses Frauenprojekt bedeutet. Das heißt noch nicht, dass wir mit diesen drei Ländern Partnerschaften machen wollen. Ich habe gesagt, wir schauen uns die drei Länder einmal an, inwieweit überhaupt eine verlässliche und stabile Zusammenarbeit mit den Leuten vor Ort möglich ist – deswegen auch kleinere Projekte.

Wir sollten uns vielleicht auch noch in Subsahara-Afrika nach einer Partnerschaft umschauen, um auch dort, wo viele Flüchtlinge aufgenommen werden, die schon durch den Kontinent gereist sind, eine Hilfeleistung zu erbringen.

Das heißt aber nicht, dass wir deswegen Tunesien in irgendeiner Weise benachteiligen – ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt Zustimmung. Im Einvernehmen aller Fraktionen soll der Einleitungssatz folgende Fassung erhalten:

Der Landtag hat die nachfolgenden von den entwicklungspolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei und dem Eine-Welt-Netzwerk Bayern e.V. erarbeiteten "Entwicklungspolitischen Leitsätze des Landtages" beschlossen.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist ohne Stimmenthaltung einstimmig angenommen. Vielen Dank.